

Uznach will 120 Massnahmen zum Verkehr offenlegen

UZNACH. Die Gemeinde soll transparent machen, was aus den 120 Massnahmen gegen das Verkehrsproblem geworden ist. Das fordert die IG Mobilität Region Uznach. Der Gemeinderat prüft nun Möglichkeiten.

MARCO LÜGSTENMANN

Eigentlich ist es ruhig geworden um die Umfahrungsstrasse A53-Gaster. Nachdem es die Kantonsräte aus dem Linthgebiet letzten Herbst überraschend geschafft hatten, das Projekt in das 16. Strassenbauprogramm (2014 bis 2018) zu bugsieren, machte sich der Kanton an die Arbeit. Die Gemeinde Uznach und die Region Zürichsee-Linth ihrerseits beschlossen, die Begleitgruppe zu reaktivieren und so der Bevölkerung eine Stimme zu geben. Auch die Umfahrungsgegner der IG Mobilität Region Uznach (IGMRU) bekräftigten, sich in die Gruppe einbringen zu wollen.

Eigentlich ist es also ruhig geworden, aber eben nur eigentlich. Denn an ihrer Mitgliederversammlung Ende März brachte die IGMRU neue Forderungen auf. Die Gemeinde müsse die Bevölkerung über den Vollzug von 120 Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation ins Bild setzen, lautete der Wunsch. Die Rede ist von einem Massnahmenkatalog, den der Gemeinderat im Jahr 2000 zusammen mit einem Planungsbüro und einer Gruppe aus Parteien-, Gewerbe- und Kantonsvertretern erarbeitet. «Ich bin sicher, dass einiges davon noch nicht angegangen worden ist, und die Bevölkerung soll die Gründe dafür kennen», sagt IG-Sprecher Roger Zahner. Ende Monat deponieren er und seine Kollegen die Forderung offiziell im Gemeindehaus.

Für Fussgänger und Velofahrer

Gegenüber der «ZSZ» nimmt Erwin Camenisch jetzt schon Stellung. Der Wunsch nach Transparenz kommt für den Uzner Gemeindepräsidenten überraschend, schliesslich habe die Gemeinde in den letzten zehn Jahren laufend über die verschiedenen Teilprojekte informiert. Der überwiegende Teil der Massnahmen sei in den letzten Jahren denn auch umgesetzt worden. Aus dem Stegreif zählt Camenisch eine Reihe von Projekten auf: die Kreuzung Buchberg-



Die IG Mobilität Region Uznach (IGMRU) will von der Gemeinde wissen, was sie in den letzten Jahren zur Verbesserung der Verkehrssituation unternommen hat. Bild: Marco Lügstenmann

strasse, der Kreisel beim Aldi, die bepflanzte Mittelinsel auf sowie der Radweg an der Grynaustrasse, die Verkehrsführung am Bahnhofplatz inklusive Veloparkplatz und Busstation oder die Bushaltestelle in der Rotfarb. Daneben seien viele Verbesserungen für die Fussgänger und Velofahrer realisiert worden

Keine 30er-Zonen

Angesprochen auf die nicht umgesetzten Massnahmen, gibt der Gemeindepräsident ebenfalls Auskunft. Geplante Tempo-30-Zonen in mehreren Siedlungen konnten nicht realisiert werden, weil die meisten Quartierstrassen Sackgassen sind. «Die Kantonspolizei hat da ihr Veto eingelegt», sagt Camenisch. Zwei baureife Projekte – die Sanierung der «Ochsen»-Kreuzung und die Stauspur auf der Grynaustrasse – wurden zudem vom Volk an der Urne bachab geschickt. Dass die Umfahrungsstrasse A53-Gaster ebenfalls in die Kategorie «Nicht umgesetzt» fällt, versteht sich von selbst.

Camenisch nimmt die Forderung der IG aber ernst. Da es sich um sehr umfangreiches Material handle, sei es zwar eine Herausforderung, die Unterlagen verständlich zu präsentieren. Doch der Gemeinderat befasse sich jetzt damit, wie der Massnahmenkatalog in einer geeigneten Form kommuniziert werden könne. Für Roger Zahner eine gute Neuigkeit: «Es ist positiv, dass die Gemeinde bereit ist, Rechenschaft abzulegen.» Ob das genüge, könne er aber erst beurteilen, wenn es so weit sei.

Neue Verkehrszahlen?

An der Versammlung der IG wurde auch der Ruf laut nach einer detaillierten Verkehrszählung. Genau wie in Rapperswil-Jona müsse der Binnen-, Ziel-, Quell- und Durchgangsverkehr analysiert werden. Zahner findet diese Forderung gerechtfertigt. «Wir müssen genau hinschauen.» Beim Kanton, der als federführende Instanz eine Zählung beschliessen müsste, reagiert man aber genervt. «Wir bearbeiten das Projekt, und man soll es uns überlassen, wie wir das machen», meint Kantonsingenieur Urs Kost. Verkehrszahlen seien für jedes Vorhaben ein wichtiges Thema, erklärt er und betont: «Wenn wir genauere Zahlen als die bestehenden brauchen, werden wir sie erheben. Wenn nicht, dann nicht.» Immerhin sei eine Zählung auch immer mit sehr hohen Kosten verbunden.